

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 1, Freitag, 15. Januar 2021

Der legendäre Willi Ritschard

2

Task force: Abschaffen!

5

Ja zum Verhüllungsverbot

17

Belalp VS

Bild: Daniel Muntwyler, Leibstadt AG



Eindrückliche Berchtoldstags-Veranstaltung über Solothurner Persönlichkeiten

Willi Ritschard, der Arbeiter im Bundesrat

Einmal mehr hat Christoph Blocher an der traditionellen Berchtoldstags-Veranstaltung historische Schweizer Persönlichkeiten gewürdigt. Diesmal waren es die Solothurner Josef Munzinger (1791–1855), der «Kämpfer für die Schweiz», Cuno Amiet (1868–1961), der «Maler der Moderne», sowie Willi Ritschard (1918–1983), der legendäre «Arbeiter im Bundesrat». Corona-bedingt hat der beliebte kulturelle Grossanlass «online» stattgefunden. Wir konzentrieren uns in dieser «Schweizerzeit»-Ausgabe auf Willi Ritschard.



Der volkstümliche Willi Ritschard in seinem Arbeitszimmer

Solothurn hat dem Schweizer Bundesstaat sechs Bundesräte geschenkt. Der populärste war Willi Ritschard – Bundesrat von 1973 bis zu seinem Tod im Jahre 1983.

Rednergabe und Persönlichkeit

Der Sozialdemokrat Willi Ritschard, 1918 – im Jahr des Generalstreiks – im solothurnischen Deitingen als Sohn eines Schuhmachers geboren, lernte Heizungsmonteur, war dann vollamtlicher Zentralsekretär der Solothurner Bau- und Holzarbeiter, und später Ammann seiner Wohngemeinde Luterbach, Kantonsrat, Nationalrat und Solothurner Regierungsrat.

Im Dezember 1973 gab es eine Dreiervakanz im Bundesrat. Keiner der offiziell von den Parteien Nominieren wurde gewählt. Gleich im ersten Wahlgang obsiegte Willi Ritschard als Nachfolger von Hans Peter Tschudi. Etliche SP-Parlamentarier verliessen den Saal unter Protest, denn er war ein Vertreter des gewerkschaftlichen, eher konservativen Parteiflügels und der erste eigentliche Arbeiter im Bundesrat.

Über seine Wahl war er begeistert. Er war, wie sich seine Tochter erinnert, «euphorisch» und habe sich «wahnsinnig gefreut». Doch sollte ihn schon bald genug der graue Bundesberner Alltag einholen. Er war darum oft betrübt, schweigsam, traurig.

Mit Willi Ritschard hatte die Schweiz einen Bundesrat mit viel Geist, Herz und Seele, und dies spürte jeder, der ihn sah und hörte. Er war ein volksnaher Redner, er wollte überzeugen und verstanden werden. Und er konnte auch Kompliziertes so ausdrücken, dass alle ihn verstanden. Als junger Nationalrat habe ich manches von ihm gelernt. Zum Beispiel seinen Grundsatz: «Wir müssen nicht nur lernen, einfach zu sprechen. Wir müssen auch lernen, einfach zu denken.»

Verkehr, Energie und Umwelt

Der Arbeiterbundesrat wurde zuerst Chef des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements. Er wusste, wieviel gerade die Arbeiter dem technischen Fortschritt, der Energieversorgung, aber auch dem fast für alle erschwinglichen Auto verdankten. Er war ein entschiedener Befürworter der Kernenergie, was dann zu Konflikten mit seiner Partei führte. Die Besetzung des Kaiseraugst-Geländes schmerzte ihn. Er hielt den Atomstrom als bessere Alternative zum Erdöl. Ritschard vertrat immer eine realistische Politik und meinte: «Unter einer gesunden Umwelt verstehe ich auch eine Umwelt, die alle Menschen ernähren und ihnen ein menschenwürdiges Leben ohne Hunger garantieren kann.» Den Warnern vor der Technologie –



Der junge Ritschard



Auf einer Wanderung mit Peter Bichsel

in seiner Partei zahlreich anzutreffen – entgegnete er einmal, diese schrieben ihre Traktate schliesslich auch nicht bei Kerzenlicht. Willi Ritschard unternahm ausgedehnte Jura-Wanderungen mit dem Oltner Schriftsteller Peter Bichsel. Durch die Zusammenarbeit mit Bichsel entstanden die legendären Reden – und die noch legendäreren Sprüche.

An die Adresse gewisser Autofahrer sagte Ritschard etwa: «Was nützt ein Tiger im Tank, wenn ein Esel am Steuer sitzt.» Oder: «Einer, der unter die Räder kommt, fragt nicht mehr lange nach der Automarke.» Und, schon allgemeiner: «Nicht jeder, der schweigt, ist ein Philosoph. Es gibt auch verschlossene Schränke, die leer sind.»

Oder: «In den Diktaturen darf man nichts sagen, muss alles nur denken. In der Demokratie darf man alles sagen, aber keiner ist verpflichtet, sich dabei etwas zu denken.» – Tiefe Weisheiten in volkstümlichen Worten.

LACHEN VERBOTEN!



Ein arabischer Prinz beginnt ein Studium an der Universität Hamburg. Nach kurzer Zeit teilt er seinem Vater mit: «Ich mag Hamburg und die Uni, alle sind so nett. Aber ich schäme mich manchmal, wenn ich mit meinem vergoldeten Auto vorfahre. Die meisten fahren U-Bahn.» Darauf schickt ihm sein Vater einen Scheck mit der Bemerkung: «Ich kann dich gut verstehen, mein Sohn. Anbei ein Scheck. Kauf dir eine U-Bahn.»

Peter Bichsel hat erzählt, dass sich sein Freund Ritschard am Wochenende oft vor dem Montag fürchtete, weil er wieder nach Bern musste. Nicht nur die politischen Gegensätze waren der Grund: Volkstümlichkeit und Volksbeliebtheit sind gefährlich. Seine Tochter hat sich vor zwei Jahren erinnert: Willi Ritschard sei von seinen Bundesratskollegen regelrecht «gemobbt» worden. Ich fürchte, das ist ernst zu nehmen. Ich kann mir gut vorstellen, dass hinter dem inszenierten Kollegialsystem schon damals viel Neid auf seine Popularität, viel Dünkel von akademisch-juristisch besser Gebildeten und besseren Fremdsprachen-Könnern versteckt war.

Fortsetzung auf Seite 4

Funktionäre und Bürokraten an der Macht

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Ritschard, ein Hüne von Gestalt, mit grossen Arbeiterhänden, der sprach, lebte und schwitzte wie alle, strahlte ein grosses Charisma aus. Alle glaubten, sie hätten Ritschard verstanden. Aber sie haben ihm gerade deswegen manchmal zu wenig zugehört. Seine Person wurde stärker als seine Sache, was er schmerzlich empfand.

Aber Ritschard suchte und brauchte den Kontakt mit den Menschen. Er liebte sie. So sagte er bei der Feier seines Bundespräsidiums im Dezember 1977 auf der St. Ursen-Treppe: «Hier in Solothurn spüre ich das, was man Heimat und Verwurzelung nennt. Ich sehe hier nicht einfach Menschen. Ich sehe Gesichter, die mir vertraut sind.»

Er wollte durchaus auch anerkannt und geliebt werden. Nachdem er einmal nach einer Rede die Zuschauer fragte, ob er gut gesprochen habe, und diese das bejahten, meinte er aufbrausend: «Dänn säged's doch au!»



Ritschard in der Bundeskasse

Leere Bundeskasse

Als Willi Ritschard 1980 das Finanzdepartement übernehmen musste, klagte er: «Bei uns muss ein Finanzminister selber in die Bundeskasse hocken, damit etwas drin ist!» Denn sein Vorgänger Georges-André Chevallaz habe ihm «ausser einem grossen Loch in der Staatskasse nichts in die Hand gedrückt.» Aber es sei halt beim Bund wie in gewissen anderen Firmen: «Wenn die Buchhaltung nicht mehr

stimmt, wechselt man entweder die Zahlen oder dann den «Gring.»»

Churz & Bündig

Wer, wie der neue SVP-Präsident Marco Chiesa, als Tessiner zuerst Parteisektionen im ganzen Land kennen lernen und erst danach die Medien-Redaktionen aufsuchen will, wird von den durch diese Zurücksetzung offensichtlich beleidigten, etwas eitlen NZZ-Koryphäen kurzerhand zum «Niemand» degradiert.

*

TV und Radio SRF jublieren: Das Parlament, das könne man ein Jahr nach dem Wahlgang von 2019 eindeutig feststellen, sei «jünger, grüner und weiblicher» geworden.

Dem Wort «Kompetenz» weichen sie anlässlich dieser Qualifizierung sorgfältig aus – auf dass ja niemand in Versuchung gerate, die Kompetenz der Medienleute an jener der Junggrünparlamentarierinnen je messen zu wollen.

US



Empfang der britischen Königin (Willi Ritschard links aussen)

Nur ein finanziell gesunder Staat konnte für ihn ein gesunder Staat sein. So hielt er schliesslich die Bundesfinanzordnung von 1981 als seinen grössten politischen Erfolg.

Dahinter standen Ritschards lobenswerte finanzpolitischen Grundsätze, die durchaus auch für heute, gerade für heute, gelten. Er sagte: «Schulden machen ist für den Staat nicht schwer. Es kommt selten vor, dass ein Staat Pleite macht. Das überlässt er normalerweise seinen Bürgern. Aber geprellt werden letztlich die Sparer und die wirtschaftlich Schwachen. Der Staat entschuldet sich auf dem Buckel der Sparer und Rentner.» Heute ist diese Erkenntnis nötiger denn je!

Manchmal drückte sich Willi Ritschard undiplomatisch-direkt aus, was seiner Beliebtheit im Volk keinen Abbruch tat – im Gegenteil. Aber seine Beliebtheit im bundesrätlichen Kollegium hat dies nicht gerade gefördert.

Am Vorabend eines Banketts beim Staatsempfang von Königin Elizabeth gab es einen grossen Pressewirbel, weil er am Vortag an einer 1. Mai-Rede gesagt hatte:



mit Gattin Greti zuhause

«Dass so viele Schweizer die Heftli kaufen, in denen bis zum Gloschli alles beschrieben ist, was so eine Königin trägt, verwundert mich eher.» Für Nicht-Solothurner: «Gloschli» heisst Unterwäsche ...

Seine ungekrönte Königin war seine Ehefrau Greti. Er genoss seinen Rückzugsort im vertrauten Heim in Luterbach, wo ihm die Gattin die praktischen Alltags-sorgen abnahm und wo er den rauen Politalltag hinter sich lassen konnte.

Im Oktober 1983 schrieb der 65-Jährige Willi Ritschard sein Rücktrittsschreiben auf Ende der Amtsdauer im Dezember. Zwei Wochen später starb er, viel zu früh, auf einer Wanderung in seinem geliebten Jura.

Sein Name gehört zu jenen Bundesräten, die nicht vergessen gehen. Entscheidend waren weniger konkrete politische Vorlagen oder Leistungen, sondern seine Glaubwürdigkeit und sein träfes Wort – das ist mehr wert als ein konkretes Gesetz. Es sind Lebensweisheiten.

So meinte er einmal: «Eine Tatsache bleibt immer nackt, auch wenn man sie nach der letzten Mode kleidet.» Und am Medientag der Schweizer Journalisten bedauerte er, dass man nur drei Menschen miteinander auf den Mond schießen könne. Und erst recht aus dem wirklichen Leben stammt Ritschards berühmtester Ausspruch: «Je höher der Affe klettert, desto mehr sieht man nur noch seinen Hintern.»

Christoph Blocher

«Das aktuelle Zitat»

Der Ansatz «Jetzt machen wir mal Multikulti und leben so nebeneinander her und freuen uns über einander – dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert!»

Bundeskanzlerin Merkel am Deutschlandtag der Jungen Union 2016 in Potsdam

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Task force: Abschaffen!



Wann hört dieser Informations-Wirrwarr, dieser Wortkrieg zwischen von den Medien aufgepeitschten Task force-Möchtegerndiktatoren und offensichtlich entgleisten Bundesräten endlich auf !?

Israel hat bereits zwanzig Prozent seiner Bevölkerung geimpft, bis man zu Bundesbern bestürzt registriert, dass man das rechtzeitige Bestellen ausreichender Impfdosen im seit Monaten anhaltenden Wortkrieg zwischen Landesregierung und Task force schlicht vergessen hat.

Für «besondere» und für «ausserordentliche Lagen» wurden – ich war persönlich als Gegner solcher Ausnahmeregelungen dabei – vor Jahren Regeln geschaffen, die der Landesregierung am Parlament vorbei zusätzliche Kompetenzen, ja in der Krise eigentliche Befehlsgewalt einräumen. Dass sich der Bundesrat für solch ausserordentliche Lage Fachberatung einholt, ist vorgesehen und absolut richtig. Aber Fachberatung findet nicht im Krieg von Pressekonferenzen statt – vielmehr durch Fachkenner medizinischer und wirtschaftlicher Ausrichtung konsequent hinter verschlossenen Türen, auf dass danach die Landesregierung die möglichst richtige, einzig verbindliche Entscheidung trifft und verständlich kommuniziert. Die Task force, für solche Beratung geschaffen, hat sich, der Geltungssucht mehrerer ihrer Mitglieder erliegend, längst in pure Rechthaberei verloren, aus welcher streitsüchtige Möchtegern-Befehlshaber schlagzeilensüchtige Medienmacher für Kampagnen einspannen, die orientierungslose Bundesräte zu Massnahmen verleiten sollen, die den diktatorischen Gelüsten («Lockdown für ganz Europa!») der Task force-Napoleons Recht geben sollen.

Mit sachdienlicher Beratung hat das gar nichts, mit der Realität entglittener Geltungssucht um so mehr zu tun.

Und die Öffentlichkeit muss feststellen: Unsere Regierung ist krisenuntauglich, lässt sich von geltungssüchtigen Rechthabern und Windhund-Medien täglich in jede denkbare Ecke treiben. Aber seit Monaten kann sie nicht begründen, warum tausende angeblich Infizierter keinerlei Symptome verspüren, zu deren Schutz oder weiss nicht was indessen Teile der Wirtschaft, wo Ansteckungen nachweislich kaum stattfinden, monatelang stillzulegen seien – bis ihnen der Schnauf vollends ausgeht.

Schafft endlich diese Task force, Hauptverursacherin des seit Wochen anhaltenden Wirrwarrs, ab!

Ulrich Schliuer

Spalte rechts



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Was braucht es denn noch?

Kuschelurteil für x-fachen Pädophilen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

William W. missbraucht seit den 90er-Jahren immer wieder Kinder. Die Milde der Gerichte scheint dennoch unerschöpflich.



Der gebürtige Kolumbianer beginnt mit seinen Untaten im letzten Jahrtausend: Fünf Kinder hat er damals schon sexuell missbraucht. Nach lächerlichen 18 Monaten Gefängnis, in denen er jede Therapie verweigert, kommt er frei – und wird 2006 wieder rückfällig: Die achtjährige Selina lockt er vom Spielplatz weg in eine Bau- baracke, wo er sie brutal ver-

gewaltigt. Bis heute leidet Selina unter der Tat. Mit der Genugtuung (welche wahrscheinlich der Steuerzahler berappt hat) von rund 17'000 Franken bezahlt sie ihre Therapiesitzungen, um das Trauma zu verarbeiten. Immer wieder warnt sie davor, den Pädophilen freizulassen. 2010 wird W. zu fünf Jahren stationärer Therapie in einer geschlossenen Anstalt verurteilt, aber trotz Warnungen seines Opfers nicht verwahrt.

Untherapierbar und extrem rückfallgefährdet

Trotz Untherapierbarkeit und hoher Rückfallgefahr wird er auf Geheiss des Bundesgerichts bald wieder aus dem Gefängnis entlassen und erhält sogar wegen angeblich zu langer Haft eine Genugtuung von über 50'000 Franken (dreimal mehr als sein Opfer). «Offenbar muss zuerst erneut etwas passieren, bevor die Justiz handelt», sagte sein mittlerweile erwachsenes Opfer Selina damals gegenüber der «Basler Zeitung». Die SVP-Kantonsrätin Stephanie Ritschard reicht eine Interpellation ein, in der sie verlangt, dass der Triebtäter aus dem Verkehr gezogen wird. Sie wird deswegen von SP, Grünen und FDP heftig kritisiert.

Widerstand gebrochen

Der Täterschutz zeigt Wirkung: Ende 2016 darf William B. in einem offenen Wohnheim leben, nur vier Kilometer von seinem gepeinigten Opfer entfernt. Er kann sich frei



William W., der x-fache Pädophile

bewegen und schlägt bereits im Juli 2018 wieder zu: Einem fünfjährigen Buben zieht er die Hose herunter und leckt an dessen Geschlechtsteil. Dem siebenjährigen Bruder will er das gleiche antun, dieser wehrt sich, will wegrennen. Doch der kräftige Kolumbianer hält ihn am Fuss

fest, bricht seinen Widerstand und missbraucht auch ihn. Ende 2020 folgt der dritte Prozess. Der Kinderschänder erhält wie immer eine erstklassige Verteidigung auf Kosten der Steuerzahler. Diese fordert einen Freispruch. Bloss wegen der Tier- und Kinderpornos akzeptiert der bekannte Strafverteidiger einen Schuldspruch.

Zu wenig schlimm für eine Verwahrung?

Das Gericht sieht das anders. Dennoch ist das Urteil überaus mild: Der schlimme Wiederholungstäter erhält nur zweieinhalb Jahre Haft. Von der Anordnung einer Verwahrung sieht das Gericht einmal mehr ab. William W. gilt aufgrund von Gutachten zwar als hoffnungsloser Hochrisikofall, die Prognosen sind schlecht, und es wird befürchtet, dass er sich wieder an Kindern vergreift, wenn er aus dem Gefängnis kommt. Die Taten, für die sich der 47-jährige Wiederholungstäter Anfang Dezember vor Gericht verantworten musste, seien aber zu wenig schlimm, um eine Verwahrung zu rechtfertigen. Und die früheren Straftaten des Pädophilen spielen bei der Beurteilung einer möglichen Verwahrung keine Rolle.

«Muss zuerst ein Kind sterben?»

Opfer Selina bricht nach dem Kuschelurteil in Tränen aus: «Dieses Urteil ist ein Witz», sagt sie dem «Blick». Kantonsrätin Ritschard schlägt völlig zu Recht in dieselbe Kerbe: «Wenn William W. nicht verwahrt werden soll, wer denn sonst?» Doch nicht nur die Richter haben viel Verständnis mit dem Perversen: Stephanie Ritschard wird wegen ihrer klaren Worte von Kantonsräten und aus der Verwaltung unter Druck gesetzt und bedroht. Wenn die oberen Gerichte das Kuschelurteil nicht verschärfen, wird der unbelehrbare William W. demnächst wieder auf unsere Kinder losgelassen.

Hermann Lei

«Das aktuelle Zitat»

«Mir ist schnuppe, ob jemand im Libanon, der Türkei, in Wanne-Eickel oder in Steglitz geboren ist. Wer auf diesen Rechtsstaat pfeift, kriegt es mit dem Rechtsstaat zu tun. Ich kann mir doch als Linker nicht rauspicken, welche Teile vom Grundgesetz mir besonders schmecken und welche weniger. Es ist nicht rassistisch, Kriminalität zu bekämpfen, im Gegenteil. Ein Rechtsstaat sieht keine Sonderregeln vor, sonst wird er willkürlich. Und deshalb warne ich davor, sich die Realität so zurecht zu biegen, bis sie einem passt – auch in meiner Partei.»

Martin Hikel, SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, im «Tagesspiegel» am 5. Dezember

Leserbriefe

Hauptursache Masseneinwanderung

Die Hauptursache der heutigen Covid-19-Situation in den Spitälern und im Gesundheitswesen liegt in der Masseneinwanderung. Die Zuwanderer bleiben und verstopfen unsere Spitäler. 70 Prozent der Covid-Patienten haben Migrationshintergrund. Und niemand protestiert. Mein Rechtsanwalt sagt mir, als Schweizer hätte ich kein Recht, bei der Triage Vortritt vor Ausländern zu verlangen und durchzusetzen. Der muskelbepackte Kosovare hat also Vortritt vor dem dummen Schweizer, der somit das Zeitliche segnen soll.

Hans Georg Lips, Kreuzlingen TG

Säen kommt vor dem Ernten

Herrn Dr. Ulrich Schlüers Lagebeurteilung zum Jahreswechsel hat mich überzeugt. Seine Voten sind politisch wohlthuend unkorrekt – damit gibt er der Politik wichtige Impulse. In der Tat haben wir es zu tun mit der zunehmenden Bevormundung des Volkes und dem Regulierungswahn einerseits, und dem Wunsch nach Freiheit, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit andererseits. Was mir in vielen Diskussionen fehlt, sind Themen, welche die Pflicht des Einzelnen betreffen. Die Anspruchsmentalität ist doch das Feuer, auf dem die Politik und die Verwaltung ihre Suppe kocht. Diese Mentalität wird quasi anerzogen – nach dem Gratis-Schulunterricht kommt der Anspruch auf einen Studienplatz,

eine Arbeitsstelle, auf Krankenkassen-Vergünstigung, Arbeitslosengeld und Kinderzulagen, auf Minimallohn oder gar auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, dann auf eine Altersrente und eine Sozial- und Hilfsrente. Auf einem Granitsockel in Murten steht eingemeisselt: «Gott, der Herr, hat die Pflichten zuerst gesetzt; nach den Pflichten kommen die Rechte. Säen kommt vor dem Ernten.» Auf dem Sockel steht die Bronze-Figur von Jeremias Gotthelf. Wäre das nicht ein treffendes Wort zum neuen Jahr?

Ruedi Schmidheiny, Wellington, Somerset GB

Christenverfolgung in islamischen Ländern

Herzlichen Dank an Frau Isabel Villalon für ihren ausgezeichneten Artikel (SZ Nr. 24/2020) über den Islam in der Schweiz und in Europa. Ergänzen möchte ich die Christenverfolgung in islamischen Ländern. Vor allem in Nordnigeria und Pakistan werden u.a. Konvertiten massiv verfolgt und gar getötet. In einer kürzlichen Sendung des Schweizer Fernsehens zum Thema «Ist der Islam in der Krise?» waren drei Muslime inkl. Moderatorin und dem Islamfreund Reinhold Schulze am Werk. Ein Desaster sondergleichen. Wir als Gesellschaft seien schuld, wenn es zur Radikalisierung junger Moslems komme, wurde uns weisgemacht. Über den wahren Ursprung – die Lehre des Korans – kein Wort, und kein Wort zu den Zuständen in islamischen Ländern!

Heinz Schwob, Lampenberg BL

Corona-Maskerade

«Schutz»-Masken sind zur Ikone, zum weltweit gültigen Erkennungsmerkmal unserer Zeit geworden, inzwischen auch zu einem Stück staatlich verordneter Kleidung, zu einer Burka im Mikro-Format. Dabei wird selten dargelegt, was und wen die Masken wie schützen sollen. In Wirklichkeit beeinträchtigt eine Maske die Gesundheit ihres Trägers. Sie behindert die Atmung, was besonders gefährlich ist für Personen mit Atmungsschwierigkeiten. 2004, also lange vor der Corona-Hysterie, publizierte die Ärztin Dr. Ulrike Butz eine Dissertation, in der sie die «Rückatmung von Kohlendioxid bei Verwendung von Operationsmasken als hygienischem Mundschutz an medizinischem Fachpersonal» untersuchte. Sie hat nachgewiesen, dass der Gehalt an CO₂ im Blut wegen der Masken steigt, während es eigentlich Aufgabe der Lunge ist, solches CO₂ möglichst zügig auszuatmen und zu entsorgen. Zu den möglichen Folgen einer beeinträchtigten Atmung gehört auch ein erhöhter Blutdruck, der zum Herzinfarkt oder Hirnschlag führen kann.

Corona-Viren vermehren sich in Körper-Zellen einer erkrankten Person, sie werden dort produziert und primär über ihre ausgeatmete Luft auf andere Personen übertragen. Da Corona eine schwere Krankheit ist, haben die davon befallenen Personen im normalen bürgerlichen Alltag jedoch kaum Kontakt zu gesunden Menschen ausserhalb des Medizinalbereichs. Solche kranken Personen haben kein Bedürfnis, ins Restaurant zu gehen oder mit dem Zug zu reisen. Dadurch leben sie weitgehend getrennt von den gesunden Menschen, die umgekehrt das Recht haben sollten, ein normales Leben zu führen.

Werner Furrer, Basel



RICHARD
ASCHBERGER

in den **Regierungsrat**

www.svp-so.ch/aschberger

Der **Passwang-Club** unterstützt Richard Aschberger,
Regierungsratskandidat der SVP Kanton Solothurn.



Skurrile Logik des radikalen Islam



Als der Irak unter Saddam Hussein den Iran militärisch angriff, entledigte er sich gleich auch der Kurden im Irak. Irakische Kampfjets, geliefert vom Westen, schossen tödliche Giftgasgranaten auf unschuldige Dorfbewohner. 5000 Menschen starben – hässliche Fratze des radikalen Islam. Die Weltöffentlichkeit tat schockiert, belieferte aber weiterhin beide Seiten – «business over all». Beobachter konstatierten, ein grausameres Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei unvorstellbar. Sie sollten sich irren!

Iranische Mullahs übertrafen Husseins Barbarei in spielerischer Leichtigkeit. Sie banden Tausenden eigener Kindersoldaten kleine Plastikschlüsselchen als Pfortenöffner zum Paradies um den Hals und jagten sie durch irakische Minenfelder, um der nachrückenden Armee den Weg zu bahnen. Ihre zerfetzten Körper wiesen den nachrückenden Mullah-Soldaten den Pfad.

Die hier lebende Journalistin Saïda Keller-Messahli, geborene Tunesierin und profunde Islamkennerin, bekämpft seit Jahren den radikalen Islam durch Erforschung hiesiger Islam-Netzwerke. 2016 wurde ihr der «Internationale Menschenrechtspreis» verliehen. Im Interview mit der

«SonntagsZeitung» äusserte sie sich zu islamistischer Dominanz im Lande:

«Wir sollten hellhörig werden, wenn das Wort «islamophob» fällt. Der Vorwurf an uns ist bewährte Waffe radikaler Islamisten.»

«Der Nährboden für radikalen Islam wird in den Moscheen gelegt. Extremistische Imame verbreiten bei uns Ideologien, die die Jungen erst anfällig machen für Hasspropaganda im Netz.»

«In Frankreich werden im Durchschnitt jeden Tag zwei Kirchen geschändet.»

«90 Prozent der Schweizer Politiker haben Angst vor dem Thema. Sie befürchten, als «islamophob» zu gelten.»

«Die Türkei hat Leute in den Ländern Europas, die angebliche Fälle von Islamophobie sammeln, als System gezielter Einschüchterung.»

*

Genug! Ich verstehe den radikalen Islam nicht: Sie hassen Christen, Juden, Gesang, Kultur, unseren Staat (mit Ausnahme seiner sozialen Dienstleistung) und freie Religionsausübung. Sie beklagen aber bitterlich die sich angeblich ausbreitende Islamophobie in der westlichen Welt!

Erklärt mir das jemand?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Traditionelle Albisgüetli-Tagung 2021 der SVP des Kantons Zürich

Freitag, 15. Januar 2021, ab 19.00 Uhr

Referenten:



Christoph Blocher
alt Bundesrat



Guy Parmelin
Bundespräsident

**Alle sind eingeladen,
live online mit dabei zu sein!**
(Oder auch später als Aufzeichnung)

- **Ab 17 Uhr «Online-Apéro»:** Möglichkeit zum Austausch mit anderen Gästen der Albisgüetli-Tagung, Anmeldung unter svp-zuerich.ch/agt
- **Ab 19 Uhr Live-Übertragung der Reden von alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher und Bundespräsident Guy Parmelin sowie des Grusswortes von SVP-Kantonalpräsident Benjamin Fischer**



SVP Kanton Zürich | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66

Mit einer Spende auf IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2 unterstützen Sie die Durchführung der grössten politischen Tagung in der Schweiz. Mit herzlichem Dank für Ihre tatkräftige Unterstützung!

Live auf:

- Internet: www.svp-zh.ch
- Facebook: facebook.com/albisgüetli/
- Youtube: youtube.com/watch?v=dYO_qbNWBNU
- Instagram: instagram.com/svpzuerich/





Prints verfügbar



Prints verfügbar



Acryl auf Leinwand 100/70cm

andrea
böSiger
Paintings

www.andreaboesiger.ch



Prints verfügbar



Acryl auf Leinwand 80/160cm

Die Originale sind auf Leinwand gemalt. Die hochwertigen Prints können auf Dibondplatte sowie Leinwand in verschiedenen Grössen angefertigt werden.
Besuchen Sie meine Webseite: www.andreaboesiger.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Spitalbetten

Vor der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gab es in unserem Land noch 540 Spitalbetten pro 100'000 Einwohner. Heute sind es nur noch 356 Spitalbetten pro 100'000 Einwohner – also ein Drittel weniger. Die Schweiz hat in dieser Zeit eine Zuwanderung von einer Million Menschen erlebt. Doch die Politik hat die entsprechenden Infrastrukturen im Gesundheitswesen nicht der Bevölkerungsentwicklung anpassen wollen. Trotzdem sind die Krankenkassenprämien gestiegen und gestiegen. Jeder neue Einwohner in unserem Land darf vom ersten Tag an die vollen Leistungen in unserem Gesundheitssystem beanspruchen, auch wenn die Person vorher noch nie einen Franken Krankenkassenprämie gezahlt hat.

(Thomas Matter, Nationalrat: In den Sümpfen von Bern, Episode 128, 08.01.2021)

Versorgungssicherheit

Der Verein Kettenreaktion (www.kettenreaktion.ch) ist enttäuscht, dass mit den neu vom Bundesamt für Energie formulierten Energieperspektiven 2050+ ein weiteres Mal die Chance verpasst wurde, die Energieversorgung auf die bewährte Kombination von Wasserkraft und Kernenergie zu stellen. Damit könnten die Ziele der stets genügenden Stromversorgungssicherheit und des Netto Null CO₂ bis 2050 sicher erreicht werden. In Fachkreisen ist längst bekannt, dass diese Ziele nur mit dem Einsatz der Kernenergie erreichbar sind.

Die bestehenden KKW dürfen nicht ausser Betrieb genommen und das Verbot neuer KKW muss aufgehoben werden. Der von den Perspektiven 2050+ erhoffte Ersatz der Kernenergie durch inländische erneuerbare Energie und Importe ist risikoreich, teuer, nicht ökologisch und technisch nicht machbar.

(Kettenreaktion, 27.11.2020)

China

Längst haben die Chinesen ihren «Wettkampf um Afrika» um einen «Wettkampf um Südamerika» erweitert. Von den weltweit 80 Millionen Tonnen Lithium lagern rund 50 Millionen im Länderdreieck Bolivien, Chile und Argentinien. In einer durchschnittlichen Autobatterie stecken rund 20 Kilogramm Lithiumcarbonat, in einem Akku bei Tesla je nach Modell sogar mehr als das Doppelte. Bei den anberaumten Zielen einer Steigerung der E-Auto-Flotte im zweistelligen Millionenbereich verwundert es kaum, dass der weltweite Lithiumpreis sich zwischen 2014 und 2017 vervierfacht hat. Just 2017 erklärte Torsten Brandenburg von der Deutschen Rohstoffagentur: «Bei den Rohstoffen, überwiegend Metallen, die man für den Bau von Batterien für Elektroautos benötigt, ist die deutsche Wirtschaft völlig auf Importe angewiesen.»

(Marco Gallina in «Cato», 01/2021)

EU-Krise

Tombs (Robert Tombs, frz. Historiker, Red.) erklärt die weitverbreitete EU-Skepsis vor allem wirtschaftlich. In zwanzig der 27 Mitgliedstaaten sei das Wachstum seit dem Beitritt zurückgegangen. Die Euro-Zone kämpfe mit all den Problemen, die ihr Ökonomen vorhergesagt hätten. Der Handel zwischen den EU-Staaten stagniere seit langem, obwohl der europäische Wirtschaftsraum gerade diesen Handel befördern sollte. Kurz: Die EU scheitert an ihren eigenen Ansprüchen.

(Erik Ebner in «Weltwoche» 52/53 2021)

Corona-Schulden

Regierungen und Unternehmen rund um den Globus stemmen sich gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Auf mehr als 270 Billionen Dollar belaufen sich die weltweiten Gesamtschulden. Staaten, Unternehmen, Banken und Privathaushalte haben zusammen Verbindlichkeiten angehäuft, die mehr als die dreieinhalbfache der jährlichen Leistung der Weltwirtschaft betragen.

Das Problem ist nicht nur die Höhe der Verschuldung, sondern auch das Tempo, mit dem sie steigt – es ist historisch einmalig. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres stiegen die gesamtwirtschaftlichen Bruttoschulden um 15 Billionen Dollar – fast die Hälfte davon Staatschulden, und zwar vor allem in den Industrieländern.

(Melanie Loos, www.cash.ch – via Beda Düggelein, Tägliche Gedanken, 29.11.2020)

CO₂-Gesetz

Die Bürgerbevormundung geht weiter: Das masslose CO₂-Gesetz wird uns (nutzlos) sehr teuer zu stehen kommen. Das Referendum ist zustande gekommen! Der Staat schreibt dem Bürger also vor, wie, wann und mit was er zu heizen hat! Immer weniger Parkplätze für Autos, immer mehr Radspuren. Die Velofahrer können sich alles erlauben und die Autofahrer werden voll abgezockt. Seit 2019 wurden sage und schreibe 300 Kilometer Autobahn auf 80 km/h reduziert. Und es geht weiter, kein Verband steht auf! Weil ACS und TCS lieber «Reisli» organisieren, als für den Autofahrer kämpfen. Das Transportgewerbe wird seit Jahrzehnten schikaniert und abgezockt. Die Schwerverkehrsabgabe für einen Anhängerzug (EURO 6) beträgt (kein Druckfehler!) über Fr. 100 000.– pro Jahr!!! Wer kämpft hier? Es wäre an der Zeit, dem Land zu zeigen, wie die Versorgung läuft. Mit dem LKW, nicht mit Elektro-Wägeli oder mit dem Velokurier. Ganz einfach: Die Transportunternehmer stellen für zwei Tage jegliche Fahrten ein und drücken ihre Forderungen durch. Das hilft der Regierung auf die «Sprünge».

(Büro Ha, Tis Hagmann, 07.01.2021)

Verteidigen wir die Errungenschaften der Kämpferinnen ...

... für die Rechte der Frauen!

von Barbara Steinemann, Nationalrätin, Watt/Regensdorf ZH

Im Jahr 2016 trafen in der nordsyrischen Stadt Manbij endlich die von den USA unterstützten Kräfte ein, um die verbliebenen Menschen von der Tyrannei des «Islamischen Staates» zu befreien.



Rasch machten in den sozialen Netzwerken Videos die Runde, die zeigen, wie auf den Strassen muslimische Frauen demonstrativ ihre Burkas und Niqabs verbrannten und Männer ihre Bärte abrasierten. Die mutigen Frauen von Manbij haben mit dem Verbrennen ihrer Niqabs nicht nur ein Symbol zerstört, unter welchem sie die letzten Jahre zu leben gezwungen waren.

Sie haben damit auch die Behauptung westlicher Liberaler und Feministinnen widerlegt, Muslimas würden sich freiwillig einen hässlichen Sack überstülpen (lassen). Nach deren Theorie laufen gewisse Musliminnen freiwillig wie ein anonymes Gespenst herum, während der ganze Rest ihrer Geschlechtsgenossinnen gerne ihre Weiblichkeit zur Schau stellt und dafür die Kreditkarten für tolle Klamotten, schicke Schuhe, regelmässigen Friseurbesuch und den ganzen Kosmetikkrempel zum Glühen bringt.

Die Burka – eine Standarte des politischen Fanatismus

Nicht nur etliche europäische Staaten haben die pechschwarzen Leichentücher kurzerhand verboten; manche muslimische Länder haben sie explizit mit der Begründung verbannt, damit dem extremen Islam die Stirn zu bieten. Tatsächlich wurden überall dort, wo Fundamentalisten die Macht ergriffen haben, die Frauen zur Unkenntlichkeit entstellt – in Afghanistan durch die Taliban, von Khomeini nach der iranischen Revolution, und ebenso in Saudi-Arabien sowie im

Jemen. Bis heute riskieren Frauen in islamistischen Ländern beim geringsten Befreiungsversuch ihr Leben.

Ganzkörperschleier mit Augengittern rauben den Frauen jegliche Individualität und behindern sie in ihrer Bewegungsfreiheit. Sie sind zutiefst menschenverachtend, ein Schlag ins Gesicht jeder Frau – aber auch für Männer, denen ja unterstellt wird, sie würden sich auf jede Frau stürzen, von der sie auch nur ein Haar oder ein Stück Haut erblicken. Sie führen die Errungenschaften aus der Aufklärung, aber auch das von den Frauenbewegungen Erreichte ad absurdum und verhöhnen alle Werte, die sich die westliche Zivilisation in den letzten Jahrhunderten erkämpft hat.

Völlig irritierend ist die Behauptung «Wenn wir die Burka in der Schweiz verbieten würden, würden möglicherweise die Frauen zuhause eingesperrt.» Das steht sogar in der Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Offizielle Stellen bestätigen hingegen, dass in der Schweiz muslimische Frauen in Ehen leben müssen und nur bis zur Unkenntlichkeit entstellt das Haus verlassen dürfen, weil es der Patriarch so will.

Multikulti-Bewegte schauen weg

Unsere Vorkämpferinnen haben die Gleichberechtigung mühsam erstritten. Heute schauen Gleichstellungsbüros, Feministinnen und Multikulti-Bewegte bei heiklen Minderheiten betreten weg. Es ist eben bequemer, verächtlich den «alten weissen Männern» Frauenfeindlichkeit zu unterstellen und die Schweizer Männer für weitaus harmlosere Dinge anzuprangern. Und ganz spöttisch und herablassend wird auf die Ini-

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

tianten geblickt: Ausgerechnet die politische Rechte sorgt sich um die Frauenrechte, wird da gemäkelt.

«Frauenrechte sind den Initianten egal, das zeigt ihr politischer Werdegang», ist der Homepage der Sozialdemokraten zu entnehmen. Nur weil sie sich nicht um Gendersternchen, Unisextoiletten und Frauenquoten für gutbezahlte Posten kümmern, ist es den Initianten nicht gleichgültig, wenn Frauen auf unserem Staatsgebiet derart «gehalten» werden. Frauenkampf ist – das wissen wir alle – weder neutral noch objektiv, auch wenn die selbsternannten Frauenrechtlerinnen gerne ein Monopol für ihre Auslegung beanspruchen.

Eigenartige «Argumente»

Wie hilflos die offizielle Schweiz dem Problem gegenübersteht, offenbart sich in einem Nebensatz der bundesrätlichen Botschaft zur Volksinitiative: «Es ist ferner nicht auszuschliessen, dass die Initiative negative Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat und dazu führt, dass bestimmte Frauen gänzlich vom öffentlichen Raum ausgeschlossen werden.» So absurd argumentieren zuweilen auch Vertreter der SP, wie die Präsidentin der St. Galler Sektion anlässlich der Debatte zur dortigen kantonalen Volksabstimmung über das Burkaverbot: «Vielmehr besteht die Gefahr, dass diese Frauen isoliert werden, weil sie bei einem Verbot ihre Wohnungen nicht mehr verlassen dürfen.» Hier zeigt sich das ganze Dilemma der Feministinnen, Linken und Multikulturalisten.

Betroffene Frauen sind ja nicht einfach nur verschleiert, dahinter steckt mehr: Sie werden kontrolliert, unterdrückt, gefangen gehalten. Hier von persönlicher Freiheit zu reden, ist zynisch. Diese Frauen verfügen in der Regel weder über ein eigenes Einkommen noch über die Position, sich tatsächlich durchsetzen zu können. Frauenrechtsorganisationen und Linksliberale schweigen dazu und meinen keck, man sei in der Schweiz ja liberal und wolle «keine Kleidervorschriften». Es würde den Organisationen besser anstehen, wenn sie ihren Liberalismus demonstrieren würden, indem sie das Gewerbe mit weniger Auflagen und Regeln schikanieren, die Steuern senken oder die

Churz & Bündig

Unser Voll soll bekanntlich auf Gendersprache umgepolt werden. Das ruft nach einigen Fragen: Wie genau heisst die am 6. Dezember in anderen Jahren manchmal auf Strassen oder in Wohnungen anzutreffende Figur gendergerecht? Der, die oder das Samichlaus? Die gendergerechte Antwort dürfte wohl heissen: Die Samichlausperson.

us

stete Ausweitung des Staates senken würden. Aber mit einem pechschwarzen Tuch, das Frauen unsichtbar macht, den eigenen Liberalismus zu lobpreisen, nehmen sie das falsche Objekt ins Visier.

Gegenvorschlag für die Galerie

Vorab aus föderalistischen Gründen hat der Bundesrat entschieden, die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zur Ablehnung zu empfehlen und einen indirekten Gegenvorschlag zu präsentieren. Dieser legt fest, dass im Kontakt mit den Behörden das Gesicht enthüllt werden muss. Zudem soll unter Strafe gestellt werden, wer eine Frau dazu zwingt, ihr Gesicht im öffentlichen oder im privaten Bereich zu verhüllen.

Dieser Gegenvorschlag verlangt, was heute schon gilt, aber nichts, was der Volksinitiative den Wind aus den Segeln nehmen würde (was bei einem indirekten Gegenvorschlag eigentlich das Ziel wäre). Bereits heute muss sich eine verhüllte Burkaträgerin von den Behörden identifizieren lassen, sei es im Zug, im Bus, beim Check-in am Flughafen oder insbesondere bei den Ämtern. Und heute schon macht sich der Nötigung strafbar, wer eine Frau gegen ihren Willen nur mit der Burka ausser Haus gehen lässt.

Der Staat sollte in solchen Fällen mit dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung reagieren und nicht mit mehr Regulierung und gutgemeinten Floskeln. Und eine bedingte Geld- oder Freiheitsstrafe, wie sie unser windelweiches Strafrecht kennt, imponiert keinem Burka-Patriarchen.

Barbara Steinemann



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
 www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Drucker/Scanner/Kopierer

TOP-Geräte - Inserat nur in Schweizerzeit			Ihr Aufwand
	Rp. je Druck	VP normal	
Multifunktion farbig	7,0 / 1,0	1399.00	599.00
Drucker farbig	8,0 / 1,3	719.00	319.00
Multifunktion mono	0,8	1249.00	449.00
Drucker mono	1,1	729.00	329.00
Drucker mono	1,7	319.00	199.00

5 Jahre VorOrt-Garantie, nur für Firmen + Gemeinden
 Solange Vorrat - Info: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

PAMAG

M e t a l l b a u

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Am 2. Januar verkehrten ab Basel achtzehn Flugzeuge nach Pristina, der Hauptstadt Kosovos. Ab Zürich weitere zehn.

Ob das Leerflüge waren?

Insgesamt wurden über die Festtage aus der Schweiz viele Dutzend Flüge nach Kosovo und zurück abgewickelt. Zu anderen Ländern wurden Flüge derweil zu Hunderten annulliert – Corona-bedingt. Ist denn Kosovo, sind denn die Balkanländer aus Corona-Sicht «sichere Länder»?

Sicher?

Die Schweiz behandelt den Balkan tatsächlich als «sicher». Andere Länder allerdings nicht. Warum die unterschiedliche Beurteilung? Wer nachbohrte, stiess auf Interessantes – worüber offizielle Stellen allerdings eisernes Stillschweigen bewahren, was aber doch mehr als nur aufschlussreich ist. Und Journalisten, zu hundert Prozent bundesberndevot, würden sich lieber die Zunge abbeissen, als den «Fall Kosovo» im Rahmen der Corona-Bekämpfung einmal sauber zu recherchieren.

Akzent

Im Kosovo stehen Schweizer Truppen – seit nunmehr 22 Jahren, mit dem (Zwischen-) Resultat: Ausser Spesen nichts gewesen. Kurz vor Weihnachten, als die sog. «Zweite Welle» von Corona-Infizierungen europaweit eskalierte, wurde wieder einmal ein Kontingent der Kosovo-Truppe durch ein neues abgelöst. Wäre Kosovo als Corona-gefährlich eingestuft gewesen, hätte das ganze Kontingent der uniformierten Kosovo-Heimkehrer in die Quarantäne einrücken müssen.

Weil Bundesbern dies keinesfalls wollte, wurden der Kosovo und andere Balkanländer politisch kurzerhand und stillschweigend der Kategorie der sicheren Länder ohne jede Einschränkung des Reiseverkehrs zugeordnet. Und sie reisten und sie flogen – Flugzeug um Flugzeug.

Wohllorganisiertes Schweigen

Aufschlussreich: Keiner der professionellen Task force-Angstmacher protestierte auch nur mit einem einzigen Wort gegen diese «politisch zweckbedingte» Larifari-Anordnung aus Bundesbern. Task force-Chef Martin Ackermann, der sich derzeit mit Lockdown-Forderungen fast überschlägt, der zwischenzeitlich gar den europaweiten Lockdown lautstark gefordert hat, fügt sich still und leise der politisch bedingten Kosovo- bzw. Balkan-Anordnung von höchster Warte aus Bundesbern.

Stattdessen werden hier alle Gaststätten wochenlang geschlossen. Ganzen Altersheimen wird Quarantäne verordnet. Und Schulen droht erneut die Schliessung – auch weil viele hundert Balkan-Reisende etwas einschleppen, dessen Ausbreitung man unterbinden sollte.

Dass dies der Fall ist, weshalb zum Beispiel Deutschland den ganzen Balkan als hohe Gefahrenzone einstuft – das kann man der Öffentlichkeit gegenüber einfach verschweigen. Und die Kosovo-Flugzeuge fliegen lassen...

Konsequenzen

Die Konsequenzen sind tragisch. Hinter vorgehaltener Hand – man will schliesslich nicht als «Rassist» verunglimpft werden – erfährt man von Altersheimen, dass das Corona-Problem nicht unbedingt von den Bewohnern im Seniorenalter, vielmehr vom Personal mit teils grossem Balkan-Anteil ausgeht.

Ähnliche Beurteilung erfährt man – ebenfalls hinter sorgfältig vorgehaltener Hand – aus Schulen mit grösseren Anteilen an Kosovo-Jugendlichen, die an Verwandtenbesuchen im Herkunftsland munter teilgenommen haben.

Hierzulande werden also Senioren eingesperrt, droht Schulen die Schliessung, werden Gaststätten zum zweitenmal zu wochenlanger Schliessung verdonnert, wird Geschäften einmal mehr der totale Lockdown angedroht, während Dutzende Kosovo-Reisen unbeschränkt stattfinden können.

Nicht weil Kosovo sicher wäre, keine Spur davon! Aber weil die Schweiz dort nutzlos Truppen stehen hat – seit nunmehr 22 Jahren, ohne Sinn und Zweck, aus purer internationalistischer Wichtigtuerei.

us



Die wirtschaftliche Katastrophe (mit Poverty=Armut) durch falsche Corona-Massnahmen wird übersehen ...



Liebe Leserinnen und Leser

Am 7. März 2021 gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** zur Abstimmung. Wir wollen diese symbolträchtige Abstimmung unbedingt gewinnen.

Genauso wie der «Hass auf Ungläubige» sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islams. Das wollen wir auf Schweizer Boden nicht akzeptieren.

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee



JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT: SO KÖNNEN AUCH SIE MITHELFFEN!

Einen **Postversand** unserer **Abstimmungszeitungen** an ausgewählte Gemeinden **sponsorn**. Weitere Infos:
www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot

Plakate aufhängen auf privatem Grund, an Anlässen und Standaktionen.
Kostenlos bestellen: info@verhuellungsverbot.ch
oder Tel. 041 440 00 67

Kampagne **finanziell unterstützen**.
Jetzt bequem spenden per **Online-Spendenformular!** Weitere Infos:
www.verhuellungsverbot.ch/spenden

Leserbriefe schreiben, kostenlose **Testimonials**, Argumente verbreiten und, und, und...
Dazu finden Sie alles auf unserer Website
www.verhuellungsverbot.ch

Darum stimmen wir am 7. März 2021 ...

... Ja zum Verhüllungsverbot (Teil 1)

Das Verhüllungsverbot trägt der Tatsache Rechnung, dass der Islam im Grunde genommen keine Religion ist, sondern ein Staatssystem mit totalitären Zügen. Dieses bestimmt den ganzen Menschen und diktiert dem Muslim genaue Verhaltensregeln, deren Bruch drastische Strafen bis zur Todesstrafe zur Folge haben kann. Unter der Fahne Allahs gibt es sehr viele Fanatiker, die alles Westlich-Freiheitliche bzw. die «Ungläubigen» bekämpfen und auch vor Terror nicht zurückschrecken. Das Verhüllungsverbot bringt mehr Sicherheit vor solchen Fanatikern (und ebenso vor vermummten Chaoten) und schützt die Rechte muslimischer Frauen.

Initiativtext

Art. 10a Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts

¹ Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen, die öffentlich zugänglich sind oder an denen grundsätzlich von jedermann beanspruchbare Dienstleistungen angeboten werden; das Verbot gilt nicht für Sakralstätten.

² Niemand darf eine Person zwingen, ihr Gesicht aufgrund ihres Geschlechts zu verhüllen.

³ Das Gesetz sieht Ausnahmen vor. Diese umfassen ausschliesslich Gründe der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums.

Art. 197 Ziff. 122, 12. Übergangsbestimmung zu Art. 10a (Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts)

Die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 10a ist inert zweier Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände zu erarbeiten.

Gegen das in Frankreich 2010 beschlossene Verhüllungsverbot klagte eine muslimische Französin beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Der EGMR hat das Verbot im Rahmen dieses Prozesses gestützt und zum Ausdruck gebracht, dass es mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vereinbar sei.

Auch wenn in der Schweiz einige Juristen und Politiker immer wieder von potenziellen Verstössen gegen Grundrechte sprechen, ist die bestehende Rechtsprechung auf europäischer und nationaler Ebene klar: Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lässt sich ohne rechtliche Bedenken umsetzen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass hochrangige Islam-Gelehrte der Burka und dem Niqab eine Grundlage im muslimischen Glauben vehement absprechen. Die Religionsfreiheit bleibt folglich gewahrt.

Umsetzung der Initiative

Es gibt verschiedene Auffassungen, wie die Initiative konkret umgesetzt würde. Der Bundesrat stellt sich in seiner Botschaft vom 15. März 2019 auf den Standpunkt, dass es hauptsächlich den kantonalen Gesetzgebern obliege, die Initiative umzusetzen. Dies, weil für die Nutzung des öffentlichen Raums die Kantone

zuständig seien. Der Bund könnte aber auch ein Gesichtsverhüllungsverbot im Strafgesetzbuch verankern.

Sanktionen

Die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» formuliert keine Sanktionen, die bei Zuwiderhandlung gegen das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum auszusprechen sind. Das Strafmass bzw. den «Bussenkatalog» festzulegen, ist Sache des Gesetzgebers. Im Kanton Tessin wird mit einer Busse zwischen 100 und 10'000 Franken bestraft, wer vorsätzlich gegen das Verbot verstösst. Im Umgang mit verhüllten arabischen Touristinnen wendet die Polizei das Gesetz zurückhaltend an.

Ein in Frankreich 2010 verabschiedetes Gesetz untersagt das Tragen einer gesichtsverhüllenden Kleidung im öffentlichen Raum. Verstösse werden mit einer Busse von höchstens 150 Euro bestraft. Wer dagegen andere Personen durch Drohung, Gewalt, Nötigung, Amtsmissbrauch oder Machtmissbrauch dazu zwingt, das Gesicht zu verhüllen, dem droht eine Freiheitsstrafe von einem Jahr oder eine Busse von 30'000 Euro.

Wenn islamische Länder auf der Grundlage von Scharia-Recht Verhüllungsvorschriften erlassen, ist das ihre Angelegenheit. Abendländisch-rechtsstaatliche Gesellschaftsordnungen dagegen sind gelebter Freiheit in Selbstverantwortung verpflichtet. Verhüllungsvorschriften an die Adresse aller Frauen, die ihren Ursprung in der radikal-salafistischen Ausprägung des Islams haben – und auch von vielen Musliminnen abgelehnt werden – muten in diesem Zusammenhang reichlich mittelalterlich an.

In aufgeklärten europäischen Staaten wie der Schweiz gehört es zu den zentralen, unveräusserlichen Grundwerten des Zusammenlebens, sein Gesicht zu zeigen. Es ist ein Grundanliegen der freiheitlichen abendländischen Gesellschaftsordnung, dass jeder Mensch mit seiner für alle erkennbaren Persönlichkeit, also mit offenem Angesicht, seine Standpunkte frei vertreten und äussern kann.

Darum Ja zum Verhüllungsverbot!

(Fortsetzung folgt)

*Abstimmungskomitee «Ja zum Verhüllungsverbot»
c/o Egerkinger Komitee, 6000 Luzern
www.verhuellungsverbot.ch, info@verhuellungsverbot.ch*

KMU-Firmen in der Corona-Zeit

Wo bleibt die Opfersymmetrie?

von Ulrich Schliuer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Persönliche Beratung zum eigenen Angebot, beruhend auf Erfahrung und ständiger Entwicklung des Wissensstands: Das ist das Erfolgsrezept vieler KMU-Betriebe.



Unsere Gesprächspartner sind Barbara und Eduard Kluge. Sie führen im Zürcher Seefeldquartier ein Fachgeschäft, das einerseits Antiquitäten, andererseits neue Möbel in typisch britischem Stil verkauft: VON KLUGE – Antiques & Modern Interiors.

Was in den Geschäftsräumen ausgestellt ist, kauft sozusagen niemand ab Katalog oder aus dem Internet-Angebot. Sowohl die speziellen Möbel als auch die sorgfältig präsentierten Antiquitäten wollen Kunden im Original sehen. Und sie wollen erfahren, wie man auf englischen Möbeln sitzt. Sie möchten die stilvermittelnde britische Atmosphäre, die von britischen Antiquitäten und Möbeln ausgeht, spüren. Und sie wollen detailliert ins Bild gesetzt werden, auf dass sie den Wert des Angebotenen erfassen und einschätzen können.

Das im Seefeld gelegene Geschäft VON KLUGE profitiert von einem weiteren Vorteil. In der Seefeldstrasse verkehren Trams. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Haltestelle. Die Trampassagiere werden auf die Schaufenster aufmerksam, erhalten einen ersten Eindruck von dem, was der spezialisierte KMU-Betrieb anbietet. Nicht Wenige werden allein aus dem Blick auf die Schaufenster veranlasst, einen persönlichen Augenschein zu nehmen, das Angebot der Firma VON KLUGE im Verkaufsgeschäft zu prüfen. Gar mancher Passant wird so später zum Stammkunden.

Corona

Und dann kam im Frühjahr 2020 der Lockdown, läppisch vornehme Beschönigung obrigkeitlich verfügbarer Wirtschafts-Stilllegung. Zunächst war das Geschäft während zwei Monaten vollständig geschlossen: Nichts mehr mit Augenschein des im Schaufenster präsentierten Angebots. Nichts mehr mit persönlicher Beratung von Interessenten im Geschäft. Ganz einfach Schluss mit Kundenkontakt.

Dem Möbelgeschäft VON KLUGE gegenüber befindet sich ein Kiosk. Weil er auch einige Lebensmittel – als Grundbedarf anerkannt – im Angebot hat, blieb er von Totalschliessung verschont – trotz offensichtlicher Enge im Verkaufsraum.

Beschränkungen

Im Spätfrühling wurden die Corona-Massnahmen gelockert. Wenigstens zwei Kunden durften sich gleichzeitig in den Geschäftsräumlichkeiten aufhalten. Kunden,

die sorgfältige Beratung erwarteten, die nicht innert fünf Minuten abgefertigt werden konnten. Wollten zufällig aufmerksam gewordene Trampassagiere einen Augenschein nehmen, so mussten sie oft abgewiesen werden, weil Stammkunden, die während zweier Monate nicht empfangen werden konnten, vorzügliche, nicht unter beengendem Eindruck des Zeitfaktors stehende Beratung erwartet hatten.



Britisches Ambiente in Top-Qualität

Die Geschäftsinhaber, Barbara und Eduard Kluge, halten fest: Die obrigkeitlich verfügte Stilllegung hat das Geschäft nicht in seiner Existenz gefährdet. Aber erheblicher Umsatzeinbruch wurde Tatsache. Und die Beeinträchtigung geht weiter. Die Beschränkung der Kundenzahl trifft dieses von sachkundiger Beratung lebende KMU-Unternehmen empfindlich. Herr und Frau Kluge jammern indessen nicht. Andere wurden gleichartig, wieder andere weit schwerer getroffen. Aber das, was Politiker als «Opfersymmetrie» bezeichnen, müsste, so halten beide fest, jetzt spürbar werden. Welche Opfer bringen diejenigen, die vom Staat beschäftigt werden, deren Löhne die Steuerzahler aufzubringen haben? Von «Solidaritätsleistungen» seitens Verwaltungsfunktionären, die KMU-Betrieben schwere Belastungen aufhulsten, spricht niemand. Die Funktionäre in den Gewerkschaften begegnen solchen Überlegungen mit schwerstem Geschützfeuer.

Die KMU-Betriebe sollen sich also einschränken. Aber die, welche von der öffentlichen Hand leben, sind zu keinerlei Entgegenkommen bereit. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

US

Absurd: Burkas verkörpern feministisches «Selbstbestimmungsrecht»



Der linksradikale Feminismus pflügt derzeit unsere Sprache um. Zum Beispiel soll das unsinnige Gendersternchen mehr als 60 konstruierte «Geschlechteridentitäten» berücksichtigen. Es gebe nicht nur Frau und Mann, sondern auch Mann zu Frau, Weder-noch, Nicht-binär, Pangender

und so weiter. Zudem diskriminiere das generische Maskulinum die Frauen. Wer also zum Beispiel «Leser» anstatt «Leserinnen und Leser» schreibt, übt «sprachliche Gewalt gegenüber Frauen aus». Wenn selbst ein paar harmlose Buchstaben die linksradikalen Feministen so einschüchtern, dann müsste die Burka als mobiles Frauengefängnis doch eine gewaltige Protestwelle auslösen. Sonst wäre der linke Zeitgeist ja verlogen und voller Doppelmoral.

Liebe Leser (das generische Maskulinum schliesst beide Geschlechter ein), Sie wissen es bereits: Der linke Zeitgeist ist durch und durch schlecht. Eine SP-Nationalrätin, die schon mit allerlei politischem Klamauk

aufgefallen ist, überhöht die Burka gar zum «Selbstbestimmungsrecht» der Frauen. Wenn also ein Islamist seine Frau lebenslang in ein dunkles Stoffgefängnis zwingt, dann soll dies feministische Selbstverwirklichung sein! Zumindest in der irren Gedankenwelt von linken Politikern, in der jede fremdartige «Kultur» als Bereicherung angesehen und in der sinnbildlich ranziges Frittieröl als prickelnder Champagner angeboten wird.

Am 7. März stimmen wir über das dringend notwendige Verhüllungsverbot ab und können so die islamistischen Burkas aus unserem freiheitlichen Land verbannen. Noch gibt es hierzulande weniger solche mobilen Frauengefängnisse als zum Beispiel im grossflächig islamisierten Frankreich. Und das ist auch gut so. Noch können wir handeln und entscheiden, ob die Schweiz unsere Schweiz bleiben soll. Ein Ja zum Verhüllungsverbot ist ein Ja zur Schweiz!

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Hinter feindlichen Linien



Das Büro Ha deckt auf!



Der linke Ideologie-Müll wird von Tag zu Tag intensiver. Man beachte die «Tagesschau» als Beispiel für die völlige Infantilisierung der Berichterstattung mit dreimaliger, langfädiger Wiederholung pro Sendung. Die Linken werden privilegiert. Jede Organisation, die sich schweizerischen Werten und Traditionen verpflichtet fühlt, wird in den Dreck gezogen. Bei den Verwirrten in Zürich dürfen die Trams am 1. August nicht mehr mit Fähnli geschmückt werden. Aber die Multikultis dürfen alles machen zur Vernichtung der Eigenständigkeit und des Nationalstolzes. Geben wir Gegensteuer!

Impfen findet statt – aber vor allem die «Meinungseinimpferei». Seit Monaten wird auf allen Kanälen über «Impfstoff» geredet und gelogen. Ständig wird vom «Impfstoff mit 90 Prozent Sicherheit» berichtet. Wer hat diesen Unfug «definiert»? Das Prüfungsverfahren nennt sich «Rollendes Zulassungsverfahren». Also «Fahren im Wissen, dass der Sprit ausgeht»! Das Einzige, was rollt, ist der Rubel. Deshalb hat ja der CEO von Pfizer seine Aktien verkauft. Da wäre noch die Frage: Was ist mit den (angeblichen) restlichen zehn Prozent? Die Politik wird ihre neu gewonnene Willkür-Macht dazu missbrauchen, sich noch mehr

in die Wirtschaft einzumischen. Es geht auf direktem Weg in die Planwirtschaft.

*

Auszug aus der offiziellen Wegleitung für die Erstellung von Passfotos. Alle «Hüte, Chappe» usw. sind



nicht gestattet. Auch kein Stirnband (links). Aber das «Outfit» rechts ist gestattet! Wir sind wirklich in der Hochburg der Irren angelangt.

*

Die NEBS (Neue Europäische Bewegung Schweiz) hat einen neuen Präsidenten: Marc Nussbaumer. Immer grossmaulig. Immer den Beitritt der Schweiz zur EU propagandierend. Immer hofiert von den Staatssendern. Hinter der Fassade ist nicht viel – dafür ist er «Konkurs-erfahren» und immer schön flankiert von Designer-Girls unter der Fuchtel von Markwalder, Gössi und der Hochfinanz.

Tis Hagmann

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 6)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Am 14. September 1998 gibt sich der Chef VBS, Bundesrat Adolf Ogi, an einer Pressekonferenz unter dem verfehlten Titel «Sicherheit durch Kooperation» einmal mehr kämpferisch. Er verurteilt aber nicht etwa die Armeeabschaffer und die «rüstungshalbierte» Bundesratspartei SPS. Vielmehr kritisiert er «Nörgeler, Besserwisser und konservative Kräfte» – von ihnen habe er «allmählich genug», und wenn notwendig, werde man «jene Kräfte ignorieren». Gemeint sind natürlich auch die über 30'000 (später gegen 50'000) Auns-Mitglieder.

Ogi äussert an der Pressekonferenz die Hoffnung, das VBS könne vielleicht eine «Eisbrecher-Funktion» in Sachen Öffnung der Schweiz wahrnehmen. Also Ja zu Uno, Ja zur EU und nach etwa zehn Jahren Ja zur Nato. Das Nein des Schweizer Volkes zur Uno (1986), zur Armee-Abschaffung (1989), zum EWR (1992), zur Anti-Waffenplatz- und zur Anti F/A-18-Initiative (1993) sowie zu Schweizer Blauhelmen (1994) – klare Bekenntnisse zur Unabhängigkeit, zur Souveränität und zur Neutralität – hat Ogi offenbar vergessen.

Und er geht noch einen weiteren Schritt in die falsche Richtung: Auf einer Hellraumfolie listet er «gelbe Männlein» auf, die zeigen sollen, wie spärlich die rund 100 Schweizer OSZE-Gelbmützen im Vergleich zum Engagement anderer Staaten seien. Man werde deshalb zügig eine Vorlage für bewaffnete «Schwei-

zer-Friedenstruppen» im Ausland präsentieren. Dabei seien für einen glaubwürdigen Selbstschutz moderne Schützenpanzer mit Maschinengewehren unabdingbar. Ein Nato-Beitritt komme allerdings für die nächsten zehn Jahre (noch) nicht in Frage ...

Gott sei Dank hat es da noch ein paar bremsende «Nörgeler und Besserwisser» gegeben. Die Auns und die SVP haben aber leider in der Folge trotz grossem Einsatz nicht verhindern können, dass der sicherheitspolitische Irrweg bis zur heutigen «weiterentwickelten» Armee, die den Verfassungsauftrag bekanntlich nicht erfüllen kann, fortgesetzt wurde. Dies dank den «bürgerlichen» Parteien FDP und CVP.

*

Ein Abstecher zur SVP: Bereits im Spätsommer 1998 trifft die Zürcher SVP die Vorbereitungen für die Regierungsratswahlen (Gesamterneuerungswahlen) im Frühling 1999. Wir setzen alles daran, um – nach dem Rücktritt des zum Ständerat gewählten Hans Hofmann – wieder mit zwei Sitzen in der Regierung vertreten zu sein. Neben der tüchtigen bisherigen Polizeidirektorin **Rita Fuhrer** soll mindestens eine weitere Kandidatur aufgestellt werden. Und die Parteigremien haben eine echte Wahl: Gleich sechs fähige Persönlichkeiten sind von den Bezirksparteien gemeldet worden: die Kantonsräte Alfred Binder, Knonau, Alfred Heer, Zürich (Chreis «Cheib»), Bruno Kuhn, Winterberg, und Bruno Zuppiger, Hinwil, sowie Bruno Heinzelmann, Stadtpräsident von Kloten, und Oberrichter Dr. Christian Huber, Präsident des Geschworenengerichts. Unter dem Präsidium von alt Nationalratspräsident Rudolf Reichling nimmt die «Vorbereitungskommission Re-

Von Brexit-England lernen



Wer die Medienberichte zum Thema «Brexit» in letzter Zeit verfolgt hat, stellt zweierlei fest: Während der Phase harter Verhandlungen, bei welchen der britische Premier die EU immer wieder unter Druck setzte und mit einem «harten» vertragslosen Austritt drohte, schrieben sich die zumeist EU-lastigen Journalisten gegenseitig hämische Kommentare ab, Johnson werde noch auf die Welt kommen, denn Grossbritannien sitze am kürzeren Hebel.

Nun, nachdem der Vertrag dank Johnsons Hartnäckigkeit steht, versuchen sie, seinen Verhandlungserfolg kleinzureden mit Sprüchen wie «von nationaler Erneuerung kann keine Rede sein», es sei noch vieles

ungelöst und dergleichen mehr. Gleichzeitig verkünden Schweizer Beitrittsbegeisterte wie die Europarechtlerin Christa Tobler, im Unterschied zu England seien wir über die Bilateralen «stärker an die EU gebunden» und müssten daher mit dem Rahmenvertrag auch die Hoheit des Europäischen Gerichtshofes anerkennen.

Man reibt sich die Augen und fragt: Wie bitte? Tatsache ist doch, dass wir im Unterschied zu England nicht EU-Mitglied waren bzw. sind, dass wir uns also nicht mit schwierigen Verhandlungen aus einer zerütteten politischen «Ehe» lösen müssen. Vielmehr können und müssen wir hartnäckig und mit einer klaren Strategie (laut «Brockhaus» einem genauen Plan zur Erreichung eines Ziels) unsere Selbstbestimmung wahren und unsere Interessen vertreten. Voraussetzung ist allerdings, dass man in Bundesbern tatsächlich eine souveräne Schweiz will.

Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin, Küsnacht ZH

gierungsratswahlen 1999» ihre Arbeit auf. Und sie schlägt der Parteileitung zuhanden des Vorstandes und der Delegiertenversammlung schliesslich das Trio Heer, Heinzelmann und Huber als engere Auswahl vor. Am 24. August 1998 fällen die 419 Delegierten in Schönenberg den definitiven Entscheid. Neben Rita Fuhrer, die mit Akklamation einstimmig wieder auf den Schild erhoben wird, obsiegt bereits im zweiten Wahlgang und mit deutlichem Mehr **Christian Huber**.

Bei seiner Standortbestimmung bringt Parteipräsident Christoph Blocher den Auftrag der SVP und des soeben nominierten Regierungsrats-Duos auf den Punkt: Steuern, Gebühren und Abgaben senken! Die Asylmisere beheben! Mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung! Im Hinblick auf die Regierungsratswahlen vom 18. April 1999 unterstützt die Versammlung den Antrag Blocher, weiterhin zwei Regierungssitze zu beanspruchen. Drei Sitze anzustreben, wie dies einige Votanten anregen, sei in Anbetracht des von Mitte-links ebenfalls anvisierten Fünfertickets gefährlich; entscheidend sei, die fünf bürgerlichen Regierungssitze zu sichern.

Die Gesamterneuerungswahl zeigt denn auch, dass diese Lagebeurteilung richtig war. Neben Rita Fuhrer, die mit dem Spitzenresultat bestätigt wird, werden Markus Notter (SP), Christian Huber, die beiden FDP-Kandidaten Ruedi Jeker und Dorothee Fierz (anstelle der zurückgetretenen Eric Honegger und Ernst Homberger), der umstrittene Bildungsdirektor Ernst Buschor (CVP) sowie die Grüne Verena Diener gewählt.

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 80.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



Die Regierungskandidaten 1999 der Zürcher SVP: Regierungsrätin Rita Fuhrer und Dr. Christian Huber

Von 1999 bis 2005 wird Huber als umsichtiger Finanzdirektor amten. Am 27. September 2004 kündigt er aber wegen «Differenzen mit der Rennleitung» der kantonalen SVP überraschend seinen Rücktritt auf das kommende Frühjahr an.

Eine Rolle spielt dabei u.a. eine vom SVP-lastigen «Bund der Steuerzahler» lancierte Initiative, die den Regierungsräten den Lohn kürzen will. O-Ton Huber: «Ich musste aus den Medien erfahren, dass die Regierung im Prinzip als dumm, faul und unfähig bezeichnet wird und durch Lohnkürzung bestraft, diszipliniert und übers Portemonnaie gelenkt werden soll. Würde ich das akzeptieren, so würde ich jede Selbstachtung verlieren.» Natürlich hat auch Huber seine Ecken und Kanten, Stärken und Schwächen – aber das ist bekanntlich bei jeder Persönlichkeit der Fall...

*

In der Folge befahren Christian Huber und seine Frau Charlotte mit ihrem Hausboot während etlicher Jahre die europäischen Binnengewässer vorab in den Niederlanden, in Frankreich und Belgien. Im Internet (www.kinette.ch) haben sie regelmässig über ihre Fahrten und Erlebnisse berichtet. «In bin inzwischen länger Kapitän als ich Regierungsrat war», wird Huber im Jahre 2012 in einem Interview feststellen. Heute, wieder als «Landratte», schreibt er hin und wieder interessante Beiträge in der «Weltwoche» und in andern (auch elektronischen) Medien.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Freitag, 15. Januar 2021, 17.00 Uhr

33. Traditionelle Albisgüetli-Tagung 2021

Ab 17.00 Uhr Beginn Online-Apéro

Ab 19.00 Uhr Reden von alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher und Bundespräsident Guy Parmelin

Infolge Corona-Massnahmen online

Anmeldung via www.svp-zuerich.ch/agt ist erforderlich.

BESTSELLER



Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Neuerdings wurde gar seine Website zum Verschwinden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an vielen, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 20.80



Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 33.10



Boris Johnson

Porträt eines Störenfrieds

Jan Ross

Brüssel sieht in Boris Johnson den Feind der EU. In der Schweiz übernehmen die Medien bereitwillig alle Feindbilder über den englischen Premierminister.

Dieser Kritik antwortet ein neues Buch, das Johnsons Regieren und die ihn dabei leitenden Grundsätze in den Mittelpunkt stellt. Es zeigt, dass Boris Johnson mit dem Brexit keineswegs bloss eine Kuriosität geschaffen hat. Er setzt damit vielmehr ein Vorhaben um, das die Geschichte Europas in neue, weit weniger der zentralistischen Bürokratie unterworfenen Bahnen lenken dürfte.

Rowohlt, Berlin 2020, 173 S., brosch. (Richtpreis Fr. 25.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 24.60

Büchertisch

AKTUELL



Lockdown 2020

Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern

Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hsg.)

Zwanzig Abhandlungen von zwanzig Autoren begründen, weshalb die Folgen von wochenlangem verfügemem Wirtschafts-Stillstand in den europäischen Ländern – die Schweiz inbegriffen – wesentlich weittragendere negative Konsequenzen zeitigen dürften als die Pandemie, die damit bekämpft werden sollte. Ein Buch für Leser, die den ganz auf Regierungskurs segelnden Medien nicht alles glauben, was derzeit präsentiert wird. Das Buch besticht durch die Sachlichkeit der darin enthaltenen Aufsätze und Bewertungen.

Promedia, Wien 2020, 280 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 27.40



Der Antikapitalist

Ein Weltverbesserer, der keiner ist

Thorsten Polleit

«Kapitalismus» ist zum Unwort verkommen. Grenzenlose Schuldenmacherei als Folge hemmungsloser Verschleuderung staatlicher Mittel wird als Heilmittel in der Krisenzeit hochgejubelt. Thorsten Polleit führt zurück auf die Realitäten: Schulden von heute sind Steuerlasten von morgen! Wer heute um angeblich «guter Ziele» willen Mittel besinnungslos verschleudert, hinterlässt kommenden Generationen Lasten, die kaum zu schultern sind. Der Staat, in dem auch bezahlt wird, was verbraucht wird, wird als «kapitalistisch» verschrien. Was denen blüht, die diesem Grundsatz zuwiderhandeln – das schildert dieses hervorragende Buch.

Finanzbuch, München 2020, 319 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.40



Angela Merkel – Das Requiem

Gertrud Höhler

Angela Merkels Kanzlerschaft befindet sich in der Schlussrunde. So erfolgreich sie als Macht-Managerin war, so nachhaltig hat sie Grundsätze und Wertvorstellungen aus der Politik eliminiert. Merkels CDU ist heute vollumfänglich auf Sozialismus-Kurs. Machtkonzentration in Brüssel scheint ihr Hauptziel zu sein. Das klassische Parteiensystem hat sie zerrüttet, die Demokratie in entscheidenden Fragen – beispielsweise unbegrenzter Stützung kollabierender EU-Staaten auf Kosten dazu nie befragter Steuerzahler – demontiert. Autoritäre Herrschaft ohne parlamentarische Kontrolle könnte ihr Erbe sein. Wer nicht einverstanden ist, wird als Rassist oder Weltverschwörer diffamiert: Europa stehen schwierige Jahre bevor. Ein hervorragendes Buch zieht Bilanz.

Econ/Ullstein, Berlin 2020 (2019), 351 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 34.10

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Winston Churchill – Der späte Held

Eine Biographie

Thomas Kielinger

Aufgrund der für ganz Europa wegweisenden Ereignisse, die England einmal mehr auf eigenständigen Weg bringen, sei die hervorragende Biographie von Thomas Kielinger über Winston Churchill noch einmal empfohlen. Sie bietet ein Hörerlebnis, wie es nicht oft Tatsache wird. Da wird deutlich, wie eiserner Wille Hitlers Wehrmacht die Eroberung Englands verunmöglicht hat, wie eiserner Wille den anfangs von Sieg zu Sieg stürmenden Hitler bereits zu Beginn des Weltkriegs entscheidend zurückgebunden hat, womit die schliessliche Niederlage vorgezeichnet wurde.

Nicht nur Churchills Rolle in den entscheidenden Momenten für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs fesseln die Zuhörer dieses Hörbuches. Churchills politisches Wirken, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg markante Spuren vorzeichnete, lässt ihn als im wahren Sinn dieses Wortes Wege weisende Persönlichkeit für die Weltgeschichte lebendig werden.

Man verbringt mit diesem Hörbuch höchst anregende Stunden.

Bonnevoice Hörbuchverlag/C.H. Beck, München 2014/2019, 2 MP3-CDs, Laufzeit 700 Min., (Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.40

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt.

Erneut ist Tatsache: Weltweit ist Wirtschaftswachstum nach wie vor in Gang. Aber das dem Zentralismus verfallene Europa stagniert. In der Corona-Pandemie hat sich der bürokratisierte Riese, von dem Heerscharen von Funktionären profitieren, erneut als unbeweglich und überfordert erwiesen.

Beat Kappeler trägt die vom Zentralismus ausgehenden Negativentwicklungen Stück für Stück vor. Sein Buch ist gleichsam Handlungsanweisung für die Bewahrung schweizerischer Eigenständigkeit gegenüber der im Bürokratismus erstarrenden EU.

us

Beat Kappeler: «Der Superstaat – Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt». NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.00)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.30

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 20.80**
- Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 33.10**
- Jan Ross – Boris Johnson **à Fr. 24.60**

Hörbuch

- Thomas Kielinger – Winston Churchill **à Fr. 27.40**

Buchzeichen

- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 32.30**

Aktuell

- Hannes Hofbauer/Stefan Kraft – Lockdown 2020 **à Fr. 27.40**
- Thorsten Polleit – Der Antikapitalist **à Fr. 27.40**
- Gertrud Höhler – Angela Merkel - Das Requiem **à Fr. 34.10**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(01/15.01.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 15. Januar 2021

Magazin

Militärmuseum Full-Reuenthal – Zeuge der Schweizer Wehrebereitschaft

Dr. Thomas Hug, Präsident Verein Militär- und Festungsmuseum Full-Reuenthal

Freitag, 22. Januar 2021

Magazin

Braucht die Schweiz ein Verhüllungsverbot?

Anian Liebrand im Gespräch mit Walter Wobmann, Nationalrat, und Martina Bircher, Nationalrätin

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.

JA zur Schweiz, NEIN zum Islamismus!

JA zum Verhüllungsverbot!

Unterstützen Sie unseren Abstimmungskampf
schweizerzeit.ch/wi

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Jetzt die Telegram-App herunterladen!

Folgen Sie uns auf Telegram:

 **t.me/schweizerzeit**

Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

29. Januar 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Durch Totschweigen zum Erfolg?

Man wird den Eindruck nicht los, dass die Mitte-Links-Parteien und die grossen Medienhäuser die Strategie verfolgen, die Debatten über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» einzuschläfern oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Im Wissen, dass eine heisse öffentliche Diskussion über die Ausbreitung des politischen Islams nur den Initianten nützt, wird nun offensichtlich versucht, die Abstimmung mittels Totschweigen zu gewinnen.

Was für ein Armutzeugnis für alle Meinungsmacher, die sich an dieser Totschweige-Kampagne beteiligen! Nicht zum ersten Mal versucht der politisch-mediale Komplex, die öffentliche Meinungsbildung zu manipulieren und die direkte Demokratie zu untergraben: Die meisten der von rechtsbürgerlicher Seite stammenden Volksanliegen der letzten Jahre hatten ein ähnliches Schicksal zu erleiden.

Der politische Gegner weicht der Diskussion systematisch aus und versucht damit, die Meinungsbildung zu steuern. Auf dieses unfaire Spiel müssen wir neue Antworten finden. Wenn die grossen Medienhäuser nichts mehr von ihrem Informationsauftrag wissen wollen, müssen wir neue, nachhaltige Kommunikationskanäle entwickeln, über die wir – abseits

der Mainstream-Medien – immer mehr Bürger ungefiltert und direkt ansprechen und mobilisieren können. Adressaufbau und -pflege wird immer wichtiger für jeden politischen Akteur im rechtsbürgerlichen Lager.

Noch lässt sich nicht genau abschätzen, ob es für die Verhüllungsverbots-Initiative mehr Segen oder doch eher Fluch sein wird, dass die Haltung des Bundesrates hauptsächlich von Karin Keller-Sutter vertreten wird. Die St. Gallerin liess bereits durchblicken, dass sie in diesem Abstimmungskampf nicht besonders viel Herzblut vergiessen wird und die Vorlage über elektronische ID's wichtiger findet.

Noch zu ihrer Zeit als St. Galler Regierungsrätin war Keller-Sutter verantwortlich für die Einführung eines kantonalen Vermummungsverbot. Bis heute halten die Sympathien für ihren damals erarbeiteten Ruf als sicherheitspolitische «Hardlinerin» nach – obwohl sie auf dem Weg zur nationalen Macht die meisten ihrer früheren Markenzeichen links liegen gelassen hat. Der einstige «Chaoten-Schreck» Keller-Sutter hat sich gemauert zur Machtpolitikerin, die nun gegen ein Verhüllungsverbot zu Felde zieht. Erkennt das Volk die Doppelmoral?
Anian Liebrand

Schluss Punkt